

Unsere Abgeordneten für Berlin

Fraktion
Konkret



Lassen Sie uns in Kontakt bleiben



Visitenkarte

Einfach mit Ihrem Smartphone scannen und unsere Kontaktdaten herunterladen.

www.spdfraktion-berlin.de

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin

Telefon: (030) 23 25 22 22

E-Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

www.spdfraktion-berlin.de

V.i.S.d.P. Torsten Schneider, Parl. Geschäftsführer

Stand: Oktober 2022

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Spandau	 Sebahat Atli	 Raed Saleh	 Stephan Machulik	Mitte	 Max Landero	 Mathias Schulz	Neukölln	 Derya Çağlar
Steglitz-Zehlendorf	 Dr. Ina Czyborra	 Mirjam Golm	 Dr. Matthias Kollatz	Neukölln	 Franziska Giffey	 Marcel Hopp	 Nina Lerch	
Reinickendorf	 Bettina König	 Jörg Stroedter	 Sven Meyer	F.hain-Kreuzberg	 Sevim Aydin	 Sven Heinemann	Marz. Hellersdorf	 Jan Lehmann
Charlottenburg-Wilmersdorf	 Franziska Becker	 Florian Dörstelmann	 Christian Hochgrebe	Marz. Hellersdorf	 Iris Spranger	Trept.-Köpenick	 Lars Düsterhöft	 Ellen Haußdörfer
Tempelhof-Schöneberg	 Melanie Kühnemann-Grunow	 Orkan Özdemir	 Lars Rauchfuß	Treptow-Köpenick	 Robert Schaddach	 Tom Schreiber	 Dunja Wolff	
Pankow	 Dennis Buchner	 Torsten Hofer	 Torsten Schneider	Lichtenberg	 Andreas Geisel	 Dirk Liebe	 Tamara Lüdke	



Berlin bleibt beieinander – in der Krise halten wir zusammen!

spdfraktion-berlin.de



Krieg, Inflation, Energiekrise – Wir stehen zusammen!

Putins brutaler **Angriffskrieg** auf die **Ukraine** verursacht unermessliches Leid. Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die **Energiekrise** infolge des Kriegs wirkt sich unmittelbar auf die Bevölkerung, die Wirtschaft und die soziale Infrastruktur aus. Gleichzeitig treiben die explodierenden **Energiekosten** die Preise insgesamt, die Inflation und das Armutsrisiko. Wir sagen: Die von Putin verursachte Energiekrise darf unsere Gesellschaft nicht auseinanderbringen! Mindestens **300 Mrd. EUR** für Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat sind eine starke Antwort.

Unser **Berliner Entlastungspaket** wird auch die soziale Infrastruktur der Stadt schützen – und wir wollen noch mehr. Wir wollen eine Verlängerung des beliebten **29-Euro-Tickets**.

Wir wollen, dass die Schulbauoffensive deutlich mehr Power bekommt. Wir wollen, dass Berlin Mehrheitsanteile am Energienunternehmen Gasag erwirbt. Wir wollen, dass das von Vattenfall betriebene **Fernwärmenetz** in die **öffentliche Hand** kommt. Das ist sozialpolitisch richtig und wirtschaftspolitisch vernünftig. Das ermöglicht zielgenaue Investitionen für das Klima und die Abkehr von der Gewinnmaximierung. Die Menschen in unserer Stadt haben es verdient, dass die Politik Verantwortung übernimmt – gerade auch in diesen Zeiten.



Schulbauoffensive ausweiten und beschleunigen!

Gemeinsam mit den Schüler*innen, dem pädagogischen Personal, den Eltern, den Großeltern, den Gewerkschaften und Bezirken sind wir der Meinung: Die **Schulbauoffensive** braucht jetzt mehr Power. Eine Mrd. EUR Investitionen im Jahr sind bereits ein großer Erfolg. Wir aber wollen mehr: Für die Sanierung von Schulen und deren **Neubau** schlagen wir eine deutliche **Aufstockung der Mittel** vor.



29-Euro-Ticket verlängern!

Sozial, gerecht, ökologisch: Das 29-Euro-Ticket für den ÖPNV ist bei den Berliner*innen ein großer **Erfolg**.

Bereits über **100.000 Tickets** wurden verkauft. Mobilität ist Teilhabe und Lebensqualität! Das günstige Nahverkehrsticket **entlastet** konkret die Menschen in ihrem Geldbeutel. Wir setzen uns daher für eine **Verlängerung** unseres Erfolgs-Tickets in Berlin ein. So geht Klimaschutz.



Energieversorgung in öffentliche Hand!

Nach Wasser und Strom nun auch **Gas und Wärme** in **Landeshand**: Unser Ziel ist, die Berliner Wärmeversorgung zu übernehmen. Damit wollen wir, wie bei der Wasserversorgung, die Preise nachhaltig stabilisieren. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlicht uns: Die Kontrolle über die **kritische Infrastruktur** gehört in öffentliche Hand. Deshalb setzen wir uns für eine **Rekommunalisierung** der Energieversorgung in Berlin ein – lokal, demokratisch und klimafreundlich.

